GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Deutsche Vereinigung : Der Abwicklungsskandal an den ostdeutschen Universitäten und seine Folgen für Frauen

Young, Brigitte

1993

https://doi.org/10.25595/725

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Young, Brigitte: *Deutsche Vereinigung : Der Abwicklungsskandal an den ostdeutschen Universitäten und seine Folgen für Frauen*, in: Feministische Studien : Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, Jg. 11 (1993) Nr: 1, 8-20. DOI: https://doi.org/10.25595/725.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Walter de Gruyter Verlag.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.1515/fs-1993-0103

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Brigitte Young

Deutsche Vereinigung

Der Abwicklungsskandal an den ostdeutschen Universitäten und seine Folgen für Frauen[1]

Die deutsche Vereinigung bedeutete die Vernichtung des gesamten politischen und ökonomischen Apparates der früheren DDR und ihre institutionelle Anpassung an das westdeutsche Modell der »sozialen Marktwirtschaft«. Ob der Wiederaufbau nun als notwendiger Schritt zur Erneuerung der ostdeutschen Institutionen begriffen wird[2] oder ob er das Resultat eines »institutionalisierten Überheblichkeitskomplexes« der Westdeutschen war[3], auf jeden Fall hat dieser Prozeß eine dramatische Veränderung mit sich gebracht. Dies wird nirgendwo deutlicher als an der Reform des deutschen Hochschulsystems. Der deutsche Einigungsvertrag, der am 31. August 1990 von der DDR und der Bundesrepublik unterzeichnet wurde, legt in Artikel 38 fest, daß die Forschungs- und Hochschuleinrichtungen an das westdeutsche Hochschulmodell angepaßt werden sollen.[4] Der offizielle Terminus, der im Einigungsvertrag zur Beschreibung des Erneuerungsprozesses an den Universitäten und Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland verwandt wurde, war der der »Abwicklung«, was gesetzlich soviel wie Liquidierung/Auflösung bedeutet.[5]

Man hatte zwar erwartet, daß viele Wissenschaftler, die Mitglied der SED gewesen waren, ihre akademischen Stellen verlieren würden, aber man hatte nicht vorausgesehen, daß die Wissenschaftlerinnen die wirklichen »Verlierer« bei dieser Umstrukturierung des Universitätssystem sein würden. Die Frauen waren nicht nur die ersten, die im Laufe der Abwicklung ihre Stellen verloren, sie waren auch die letzten, die in der neuen Phase des Aufbaus des Universitätssystem in Betracht gezogen wurden. Ich möchte in diesem Beitrag fragen, warum die Umstrukturierung unverhältnismäßig mehr Wissenschaftlerinnen als Wissenschaftler betroffen hat. Der Ausschluß von Frauen beim Übergang zur Marktwirtschaft beschränkt sich in der Tat nicht nur auf Ostdeutschland. Im früheren Ost-Mitteleuropa gibt es schon eine ausgiebige Literatur zum Thema »Wo sind die Frauen geblieben?«.[6] In praktisch allen früheren sozialistischen Ländern sind oder werden Frauen aus dem öffentlichen Bereich ausgeschlossen.[7]

Die Erklärungen dafür, warum Frauen beim Übergang zur »sozialen Marktwirtschaft« so schlecht abgeschnitten haben, gehen sehr weit auseinander. Hinsichtlich Ostdeutschlands haben sich die Theorien auf soziale Bewegungen,[8] patriarchale Sozialisation[9], politische Sozialisation[10], kulturelle Verhaltensmuster[11], Geschlechtsvorurteile in den bestehenden Institutionen im Osten[12], die deutsche

Gesetzgebung[13] und, allgemeiner, die »Kolonisierung« des Ostens mit Hilfe von Artikel 23 konzentriert.[14] Für einige der Mechanismen geschlechtlicher Diskriminierung haben diese Theorien wichtige Einsichten gebracht. Für sich genommen aber sind sie weniger hilfreich für die Beantwortung der Frage, warum der Prozeß des »Ausschlusses« nicht nur die Wissenschaftlerinnen im Osten, sondern auch im Westen getroffen hat.

Zum Verständnis der geschlechtsspezifischen Dimension der Abwicklung schlage ich deshalb vor, von einer Kombination von Faktoren auszugehen. Sie stammen teilweise aus dem »alten« sozialistischen System und haben sich beim Übergang zum modernen kapitalistischen System als günstig erwiesen; teilweise sind es politische Strategien, die den Prozeß der Vereinigung geformt haben, und z.T. ist es die historische Entwicklung der deutschen Universitäten als einer »homosozialen« Welt mit eigenen informellen Gesetzen und Normen, einer eigenen Logik, einem eigenen Habitus und sogar einer eigenen Sprache: einer »homosozialen Welt« geschlechtlich gleichgesinnter Individuen, die das Ergebnis einer jahrhundertelangen Entwicklung ist.

Ich gehe davon aus, daß der Ausschluß der Frauen aus dem Hochschulsystem Implikationen hat, die den engen Rahmen dieses Aufsatzes überschreiten. In der Tat geht meine Argumentation dahin, daß der Einigungsprozeß den westdeutschen Konservativen eine Möglichkeit gegeben hat, nicht nur die Sozialpolitik im Osten, sondern auch die feministischen Errungenschaften im Westen zurückzudrehen. Gerade wegen dieser weitreichenden Konsequenz sollte der Abwicklungsprozeß als ein Mikrokosmos des geschlechtsspezifischen Charakters der gesamten deutschen Vereinigung verstanden werden. Auf Grund der Besonderheit der Vereinigung könnte man diesen Prozeß auf die deutsche Situation beschränken, doch gibt es viele Hinweise dafür, daß, auch ohne Einigungsprozeß, Frauen in anderen osteuropäischen Ländern ebenfalls eine »erzwungene« Rückkehr zur Privatsphäre erleben. Im folgenden möchte ich zunächst den Abwicklungsprozeß und die Ausführungsbestimmungen erklären, wie sie im Einigungsvertrag festgelegt sind. Im zweiten Abschnitt möchte ich empirisch darstellen, welche Folgen die Abwicklung und der Prozeß der Neustrukturierung der Universitäten für das Geschlechterverhältnis gehabt haben. Der letzte Abschnitt stellt einen Versuch dar, das geschlechtsspezifische Ergebnis der Abwicklung zu erklären.

Der Prozeß der Abwicklung[15]

Artikel 38 des (zweiten) Einigungsvertrages vom 3. Oktober 1990 schuf den gesetzlichen Rahmen für die Umstrukturierung der ehemaligen DDR-Forschungs- und Hochschuleinrichtungen. Im Gegensatz zu der Abfassung des Vertrages fiel der Abwicklungsprozeß nicht in den Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung in Bonn.

Insbesondere Artikel 13 des Einigungsvertrages wies die einzelnen neuen Länder (Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sowie Berlin) an, bis zum 31. Dezember 1990 entweder die gesamten Einrichtungen und Institutionen fortzuführen und/oder sie aufzulösen.[16] Als Ant-

wort auf diese Anordnung schlossen die Landesregierungen die gesellschafts- und sozialwissenschaftlichen Institute. So wurden beispielsweise an der Humboldt-Universität in Berlin die Institute für Philosophie, Erziehungswissenschaften, Recht, Geschichte und Ökonomie »abgewickelt«.[17] Indem die Landesregierungen auf die Gesellschafts- und Sozialwissenschaften als die ideologisch anstößigen Disziplinen zielten, erklärten sie die Naturwissenschaften im Grunde genommen zu ideologisch neutralen Wissenschaften, und somit waren diese nicht von der Abwicklung betroffen.[18] Der Ausschluß der Naturwissenschaften aus dem Umstrukturierungsprozeß ist deshalb besonders fragwürdig, weil die SED schon 1968 die Institutionen der akademischen Selbstverwaltung auflöste und sie unter direkter Parteikontrolle stellte. Das Ziel war, eine neue »sozialistische Persönlichkeit« zu kreieren.[19] Diese Umgestaltung machte keinen Unterschied zwischen den Natur- und den Sozialwissenschaften. So stellt sich die Frage, ob der gegenwärtige Prozeß der Abwicklung, der sich ja auf die Gesellschafts- und Sozialwissenschaften konzentriert, etwa politisch motiviert ist, um die »weichen Wissenschaften« von jeglichen Spuren des »Sozialismus« zu befreien.[20]

Der Einigungsvertrag beauftragte den Wissenschaftsrat in Bonn, die notwendigen Empfehlungen auszusprechen, um die aufgelösten Institute in den Gesellschafts- und Sozialwissenschaften neu aufzubauen und die verbliebenen Einrichtungen umzugestalten. Im Mai 1990 publizierte der Wissenschaftsrat seinen Bericht, der den neuen Ländern Richtlinien für ihre Umstrukturierungsbemühungen geben sollte. Schon die angeheizte Debatte über die Frage, ob es in der früheren DDR die Politikwissenschaft als eigenständiges Feld gegeben hat und ob Wissenschaftler mit dem Schwerpunkt Marxismus/Leninismus befähigt sind, Politikwissenschaft zu unterrichten, zeigt, daß dieser Vorgang höchst kontrovers war. Während viele westliche Wissenschaftler argumentierten, daß eine Politikwissenschaft in der DDR nicht existierte, bestanden einige Wissenschaftler im Osten auf dem Gegenteil.[21]

In seinem Bericht empfahl der Wissenschaftsrat, zwei neue Gremien einzurichten, die die Umsetzung der Reform unterstützen sollten: in jedem Land eine, nur mit Wissenschaftlern besetzte, Landeshochschulstrukturkommission[22], um dem »Mandat« des Wissenschaftsrats »Substanz« zu verleihen,[23] und die fachspezifischen Struktur- und Berufungskommissionen, die in den verschiedenen Universitäten eingerichtet wurden, um »den alten Schutt auszukehren« und neue Hochschullehrer auszuwählen und zu berufen.[24] Die quantitative Zusammensetzung dieser Kommissionen wurde hinsichtlich der Ost- und Westwissenschaftler von jedem Land selbst bestimmt. In Berlin zum Beispiel schufen das Ergänzungsgesetz vom 18. 7. 1991[25] und das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) vom 13. 1. 1991[26] eine eigene gesetzliche Grundlage.

Die Bedeutung dieser Kommissionen respektive ihrer Zusammensetzung ergibt sich nicht nur aus der Macht der Mitglieder, die künftigen Schwerpunkte der einzelnen Fakultäten zu bestimmen, sondern sie resultiert auch aus ihrer Macht, die Kandidaten auszuwählen, um diese Positionen auszufüllen.

Die Verlierer: Frauen

Die Umstrukturierung des Hochschulsystems in der früheren DDR bedeutete, daß es sowohl Gewinner als Verlierer gab. »Die Gewinner sind die Westdeutschen«, sagte der frühere Präsident der FU Berlin, Eberhard Lämmert.[27] Viele Ostdeutsche gehörten zu den Verlierern.[28] Wissenschaftlerinnen jedoch wurden unverhältnismäßig stärker benachteiligt als ihre männlichen Kollegen. Wenn man die Anzahl der Frauen, die im Abwicklungsprozeß ihre akademischen Stellen verloren haben oder dabei sind, sie zu verlieren, mit den wenigen Frauen vergleicht, die für neue Positionen in Betracht gezogen werden, dann springt ins Auge, daß die ostdeutsche Hochschullandschaft eine männliche Domäne bleibt. Deutlich wird dies sowohl auf der Hochschullehrerebene als auch auf der Ebene des Mittelbaus.

Der Grund, warum Frauen am stärksten von der Umstrukturierung der Sozialwissenschaften betroffen sind, liegt teilweise in der geschlechtsspezifischen Voreingenommenheit des früheren ostdeutschen Systems. Während 1989 8,8% Hochschullehrerinnen in den Sozialwissenschaften an ostdeutschen Universitäten unterrichteten, hatten nur 1,7% Frauen solche Stellen in der Mathematik/in den Naturwissenschaften inne.[29] Da nur die Gesellschafts- und Sozialwissenschaften aufgelöst wurden, verlor eine größere Anzahl von Frauen ihre Positionen, weil sie in diesen »typisch weiblichen« Fächern stärker vertreten waren. Daß sie aufgrund der Abwicklung ihre Stellen verloren, ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite sind die Bewerbungs- und Berufungsverfahren für die neu zu gründenden Institute. Die Struktur- und Berufungskommissionen, die für die Einstellung der Professoren verantwortlich sind, haben überdurchschnittlich oft männliche Wissenschaftler ausgewählt, um die höchsten Positionen zu besetzen. Beispielsweise wurden an der Humboldt-Universität in Ostberlin 54 Eckprofessuren (C-4) ausgeschrieben, um die neuen Institute für Philosophie, Geschichte, Jura, Ökonomie, Erziehungswissenschaft und Soziologie/Politische Wissenschaft auszustatten. Nur vier Frauen unter den angenommenen Neuberufungen sind eingestellt worden (zwei in Erziehungswissenschaft, eine in Jura und eine in Geschichte), vorher hatten 15 Frauen in diesen nun »abgewickelten« Instituten Lebenszeitprofessuren inne.[30] Für die sieben Eckprofessuren in Soziologie/Politikwissenschaft war keine Frau »qualifiziert«, obwohl 11,3% der insgesamt 400 Bewerbungen von Frauen kamen.[31] Eine ostdeutsche Soziologin, Hildegard Maria Nickel, wurde auf der niedrigeren C-3-Ebene eingestellt. Wenn auch die Einstellungsverfahren an den ostdeutschen Universitäten und Fachhochschulen noch im Gange sind und einige Frauen vielleicht noch die Chance haben, auf C-3- und C-2-Professuren zu gelangen, bleibt, daß sogenannte Eckprofessuren alle an (westdeutsche) Männer vergeben worden sind. Im Januar 1993 hatte die Humboldt-Universität insgesamt 273 Rufe erteilt (197 C-4-Professuren, 76 C-3-Professuren). Unter den Neueinstellungen waren auf der C-4-Ebene 11 Frauen, auf der C-3-Ebene 17 Frauen. Der Anteil der C-4-Frauen schrumpfte auf 5,6%. Es ist zu erwarten, daß er nach Abschluß der Berufungen auf 3–4% fallen wird.[32]

Auf der Ebene des Mittelbaus ist die Situation nicht anders, vielleicht sogar noch schlimmer. Im Hochschulsystem der DDR waren Frauen viel stärker im Mittelbau auf Dauerstellen konzentriert als auf Hochschullehrerebene (jeweils 35

zu 9%). Frauen konzentrierten sich aber auch in einzelnen Disziplinen mehr als in anderen. In Mathematik/Naturwissenschaften hatten nur 21,9% der Frauen Dauerforschungsstellen. Im Gegensatz dazu betrug ihr Anteil in den Sozialwissenschaften 52,8%.[33] Nach Petruschka, der Frauenbeauftragten an der Humboldt-Universität, soll der gesamte Mittelbau an der Humboldt-Universität innerhalb von zwei Jahren um 60% und innerhalb von fünf Jahren um 80% reduziert werden.[34]

Aufgrund der besonderen geschlechtlichen Segregation in der früheren DDR werden Frauen doppelt bestraft. Sowohl Professorinnen als auch Wissenschaftlerinnen im Mittelbau hatten im alten DDR-System weniger Chancen, im Bereich der Naturwissenschaften eingestellt zu werden. Diese Frauen werden, weil sie damals in den Sozialwissenschaften konzentriert waren, nun wahrscheinlich eher ihre Positionen verlieren und haben weniger Möglichkeiten, in das neugegründete Hochschulsystem übernommen zu werden. Das Problem verschärft sich für Frauen durch demographische Faktoren. Viele Frauen haben Kinder, denn in der DDR waren sie ermutigt worden, Karriere und Mutterschaft miteinander zu verbinden, nicht zuletzt durch Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten.[35] 75% der Wissenschaftlerinnen hatten Kinder, und 19% davon waren alleinerziehende Mütter.[36] Seit der Vereinigung ist die Sozialpolitik der alten DDR mit dem Resultat gekürzt worden, daß viele Kindertagesstätten geschlossen worden sind. Die daraus resultierende Zunahme der Versorgungskosten hat die Flexibilität aller erwerbstätigen Frauen in Ostdeutschland schwerwiegend eingeschränkt. Nicht einmal erwähnt wurde im Einigungsvertrag der vieldiskutierte und geschätzte »Katalog der Sozialrechte«, der Frauen ein verfassungsmäßiges Recht auf soziale Sicherheit verliehen hätte, das Teil der früheren DDR gewesen war.[37]

Im vereinigten Deutschland sind junge Frauen mit der zunehmenden Verantwortung und mit den steigenden Kosten für die Kindererziehung belastet, ältere Frauen aber werden aufgrund ihres Alters diskriminiert. Hildebrandt weist darauf hin, daß das Durchschnittsalter von Dozentinnen 50 und von Oberassistentinnen 45 Jahre beträgt.[38] Der Einigungsvertrag vereinbart, daß Frauen (und Männer) über 55 vom Vorruhestand Gebrauch machen können. Sie haben also keine andere Wahl, als den Vorruhestand zu akzeptieren, da es für eine Person über 55 tatsächlich keine Chance gibt, noch einmal eingestellt zu werden. Dies bedeutet, daß sie die Vorruhestandsregelung akzeptieren müssen, die für westdeutsche Frauen erst ab 63 (für Männer ab 65) gilt. Die finanzielle Abfindung ist dennoch viel niedriger als die, die man in Westdeutschland erhält. Zudem sind sogar Frauen unter 55 Jahren von dem Veränderungsprozeß betroffen. Die Anstellungsmöglichkeiten sind auch für Frauen im Alter zwischen 45 und 54 begrenzt, es sei denn, sie sind international bekannt. Der Einigungsvertrag hat eine Altersübergangsregelung geschaffen,[39] die eine Abfindung für diejenigen Altersgruppen vorsieht, die zu jung sind, um in Rente zu gehen, aber schon zu alt, um noch einmal angestellt zu werden. Viele Frauen akzeptieren resigniert diese Abfindung.[40] Obwohl das Gesetz in gleicher Weise für Frauen und Männer gilt, kann allein die bloße Tatsache, daß männliche Wissenschaftler ohne Ausnahme mit den angesehenen Forschungsprojekten der alten DDR in Verbindung standen,[41] diesen helfen, trotz ihres Alters von den neuen Institutionen übernommen zu werden.

Der soziale und ökonomische Abstieg, ganz zu schweigen von den psycholo-

gischen Kosten, ist für viele Wissenschaftlerinnen der ehemaligen DDR vorprogrammiert. Die Frage, die ich im weiteren diskutieren möchte, ist, ob der Ausschluß der Frauen aus den akademischen Institutionen ein reiner »Zufall« ist oder ob es spezifische Mechanismen gibt, die diesen Prozeß begünstigt haben.

War es Zufall oder »weibliche Inkompetenz«?

Es war keines von beiden. Für einen Zufall waren die geschlechtsspezifisch segmentierten Einstellungsmuster auf der C-4-Ebene der Professuren zu systematisch. Aufgrund der Existenz und der tatsächlichen Zunahme von Frauen sowohl mit Habilitation im Westen als auch mit B-Promotion im Osten in den letzten zehn Jahren fällt weibliche Imkompetenz als Erklärungsmöglichkeit weg.[42] Zudem wird das Argument, daß die Zahl der qualifizierten Frauen zwar steige, diese sich aber auf einige wenige Felder konzentrierten (z.B. Frauenstudien, Sozialpolitik, Familienstudien) und daß sie wahrscheinlich weniger in die traditionellen »männlichen Domänen«[43] hineingingen, von den vorhandenen Daten nicht gestützt.[44] Sogar Bewerberinnen, die sich sehr wohl in den traditionellen »männlichen Domänen« spezialisierten, wurden nicht zu Bewerbungsgesprächen eingeladen.[45] Auch gibt es keine hinlänglichen Beweise für das Argument, Frauen hätten sich nicht auf die ausgeschriebenen Stellen beworben[46] oder sie hätten es versäumt, sich gleichzeitig auf mehrere der in den unterschiedlichen Disziplinen ausgeschriebenen Stellen zu bewerben.

Wenn diese oft zitierten Argumente nicht überzeugend erklären können, warum weder ostdeutsche noch westdeutsche Wissenschaftlerinnen für Universitätspositionen ausgewählt wurden, stehen wir also weiterhin vor einem Rätsel. Mir scheint, daß es nicht nur eine Erklärung für das geschlechtsspezifische Ergebnis der Abwicklung gibt. Statt dessen vermute ich, daß verschiedene Faktoren zusammen zu diesem Resultat führten. Zuerst einmal ist es der konservative politische Kontext, in dem die Abwicklung stattfand. Zweitens sind es die strukturellen Unterschiede für Männer und Frauen im Hochschulsystem in beiden Teilen Deutschlands sowie die Existenz einer gleichgesinnten »homosozialen Welt«, die für das deutsche akademische Milieu typisch ist. Der politische Kontext der Vereinigung ist wichtig, weil die spezifischen politischen Strategien, die für die Vereinigung gewählt wurden, den Stempel des Konservatismus tragen. Zum Zeitpunkt einer politischen Transformation am Steuer zu sitzen bedeutet Macht: die Macht, den offiziellen Diskurs zu bestimmen, und die Macht, die daraus resultierenden Maßnahmen auf der Basis eines so hergestellten Diskurses zu rechtfertigen. Die massiven Angriffe auf alle Aspekte der ostdeutschen Gesellschaft müssen in diesem Licht verstanden werden. Indem sie das Recht auf eine unabhängige ostdeutsche »Geschichte« verneinten, schufen westdeutsche Konservative in der Abwesenheit anderer Diskurse einen Raum, den sie selbst ausfüllen konnten.

Trotz der wachsenden Debatten in den 80er Jahren, in denen Geschlechterbeziehungen, Ausländerfeindlichkeit, Arbeit und Arbeitslosigkeit sowie ökologische Fragen öffentlich thematisiert und problematisiert wurden, griffen die Konservativen auf den bestehenden gesetzlichen Rahmen zurück, um den Osten zu »kolo-

nisieren«. Bestärkt wurden sie darin durch ihren Triumph über den Sozialismus und durch die nachhallende Niederlage der SPD und der neuen sozialen Bewegungen (Bündnis 90/Grüne) bei der Wahl für die ostdeutsche Volkskammer am 18. 3. 1990.[47] Die Bemühungen um partizipatorische Verfassungspläne und entsprechende Entwürfe im Gefolge des November 1989 wurden zunichte gemacht, weil die Konservativen sich entschlossen, nicht das Risiko eines konstitutionellen Vertrages zwischen den beiden deutschen Staaten einzugehen, sondern einzelne Teile von Ostdeutschland in das existierende Territorium zu integrieren.[48]

Für Frauen bedeutet dies, daß das konservative »Statuserhaltungsmodell«[49] ihre Arbeitsmarktchancen bestimmte. Das dualistische deutsche Modell, das auf einer Arbeitsteilung basiert, die Männern ausdrücklich die produktiveren und mobileren Gehaltsklassen und Frauen die statische private Sphäre der Hausarbeit zuweist,[50] »zwang« ostdeutsche Frauen sehr schnell in einen abhängigen Status. Der Grund hierfür liegt in der westdeutschen Sozialpolitik, die Frauen ermutigt, nicht erwerbstätig zu sein. Durch Steuerpolitik, Erziehungspolitik, Arbeitsmarktsegmentation und die fehlenden Möglichkeiten der Kinderversorgung wird dies erreicht.[51] Ermutigt durch diese hochdifferenzierte und inflexible westdeutsche Sozialstruktur und aus Angst um ihre eigenen Positionen, verlangten viele ostdeutsche Männer von den Frauen, ihre Jobs freiwillig aufzugeben und in die Familie zurückzukehren.[52] Solche Forderungen lösten unter ostdeutschen Feministinnen Schrecken aus, aber bei vielen (westdeutschen) Männern fielen sie, je nach politischer Orientierung, auf fruchtbaren Boden.

Die Konservativen aber sorgten nicht nur für die strukturellen Rahmenbedingungen, um die Übertragung des westdeutschen Modells auf das Gebiet der alten DDR abzusichern. Die Konrad-Adenauer-Stiftung finanzierte en masse westdeutsche Professuren (männlich) für die Lehre, und zwar nicht in den Naturwissenschaften, sondern an den sozial- und gesellschaftswissenschaftlichen Instituten des Ostens, um sicherzugehen, daß der Umstrukturierungsprozeß nicht in »liberale« Hände fiel.[53] Angesichts des Zeitdrucks und des tatsächlichen Zusammenbruchs des ostdeutschen Staates saßen diese Männer gemeinsam mit den konservativen Ministern auf Länderebene an den »Schalthebeln der Geschichte«, um die Umsetzung einer konservativen Strategie der Umstrukturierung des Hochschulsystems zu kontrollieren.

Der »institutionalisierte Überheblichkeitskomplex«[54] bildete aber nur einen Faktor bei der Verbannung der Dozentinnen aus den Vorlesungssälen der Hochschule. Die tiefverwurzelte Diskriminierung von Frauen innerhalb der bestehenden Strukturen des Hochschulsystems auf beiden Seiten der »Mauer« legte jegliche progressive Strategie lahm. Die institutionellen und organisatorischen Strukturen der alten DDR hatten ihren Widerpart im Westen gefunden: Je angesehener die Stellen, desto weniger Frauen sind vorhanden.[55] Ostdeutsche Männer, die um ihre akademischen Positionen bangten, bildeten nur allzugerne »Seilschaften« mit ihren westlichen Kollegen. Diese »Wendehälse«, die vor dem November 1989 ihr Bestes getan haben, um die prestigereichsten Stellen und Forschungsprojekte für sich selber zu sichern, stellten fest, daß es im Westen nicht anders zuging.

Das Aufeinandertreffen von zwei Hochschulsystemen mit geschlechtsspezifischen Vorurteilen verstärkte sich gegenseitig. Weder befinden sich Frauen aus

dem Osten noch aus dem Westen (abgesehen von einer verschwindend kleinen Zahl) in den strategisch wichtigen Landeshochschulstrukturkommissionen. In Berlin besteht die Kommission aus 19 Männern und einer Frau, obwohl hier am 31. Dezember 1990 ein Antidiskriminierungsgesetz durch die Koalitionsregierung von SPD und Grünen erlassen wurde, um mit gesetzlichen Mitteln die Gleichstellung von Frauen in der öffentlichen Verwaltung und in anderen öffentlichen Institutionen zu fördern.[56] Da sich in diesen Kommissionen kaum Wissenschaftlerinnen befinden, kommt es auch auf der dahinterliegenden Ebene, in den Struktur- und Berufungskommissionen, zu keinem besseren Ergebnis, im Gegenteil, denn die Mitglieder der Hochschulstrukturkommissionen empfehlen dem Wissenschaftsminister die Mitglieder der Struktur- und Berufungskommissionen. Die Resultate an der Humboldt-Universität sind dementsprechend: In drei Kommissionen (Erziehung, Ökonomie, Philosophie) sitzt keine einzige Frau, in zweien (Jura und Sozialwissenschaft) sitzen je eine ostdeutsche Wissenschaftlerin und in einer Kommission (Geschichte) sitzen zwei Frauen.[57]

Der Ausschluß von Frauen aus diesen wichtigen Positionen der Entscheidungsfindung bedeutete für engagierte Frauen eine schwerwiegende Informationslücke. Erst nachdem die Bewerbungsgespräche an der Humboldt-Universität für die neuen Professuren schon begonnen hatten, wurde verschiedenen Professorinnen an der Freien Universität Berlin im Juni 1990[58] klar, daß die Verfahren schon im Gange waren und daß das LADG verletzt wurde. Keiner der Artikel des LADG war berücksichtigt worden.[59] Das LADG verlangt, daß bei der Zusammensetzung der Kommissionen Frauen und Männer gleich vertreten sind; daß Stellen öffentlich ausgeschrieben werden müssen und, falls sich eine ungenügende Anzahl von Frauen bewirbt, die Ausschreibung wiederholt werden muß; daß in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, alle Kandidatinnen oder zumindest ebenso viele weibliche wie männliche Kandidaten zum Hearing eingeladen werden müssen; und schließlich, daß Frauen bei der Berufung zu bevorzugen sind, sofern ihre Qualifikationen denen der männlichen Kandidaten entsprechen. Dieses gilt so lange, bis Frauen einen Anteil von 50% im jeweiligen Berufsbereich oder in dem jeweiligen Bereich der Institution erreicht haben.[60] Trotz der Proteste gegenüber dem Senat von Berlin und einer breiten Medienkampagne, die den Skandal öffentlich machte, war die Antwort gleich Null. Weder eines der Kommissionsmitglieder noch der Senator für Wissenschaft in Berlin sahen irgendwelche Ungesetzlichkeiten in den Berufungsverfahren zu den C-4-Professuren.

Wenn die Lage für Frauen in Ländern, die auf dem Papier ein Antidiskriminierungsgesetz haben, schon trostlos ist, dann ist es in den »Provinzen« noch aussichtsloser, in denen nicht einmal Gesetze existieren, die die paritätische Vertretung von Frauen einklagbar machen.

Wie ist es möglich, daß die deutsche Hochschullehrerschaft selbstzufrieden und ohne eine öffentliche Verurteilung fürchten zu müssen weiterhin behauptet, daß es das Fehlen qualifizierter Frauen ist, das ihren Zugang zu Positionen akademischer Macht verhindert? Ihre Verlautbarungen, die mit solcher Vehemenz und »ehrlicher« Überzeugung vorgetragen werden, müssen im historischen Kontext der deutschen Universität verstanden werden. Historisch ist es Frauen an deutschen Universitäten schlecht gegangen. Die späte Hochschulzulassung (1900ff.),

die noch spätere Verleihung des Habilitationsrechts an Frauen (1923) und die NS-Hochschulpolitik der dreißiger Jahre haben langfristig die Karrieremöglichkeiten von Frauen in den Hochschulen der BRD im Vergleich zu denen anderer westeuropäischer und nordamerikanischer Länder auch nach dem Weltkrieg sehr eingeschränkt. Die negative Einstellung des männlichen Hochschulpersonals wird eindrücklich durch die Anger-Studie von 1960 belegt.[61]

Die auf das Geschlecht bezogene einseitige Entwicklung der deutschen Universität brachte mit der Zeit eine »homosoziale Welt«[62] mit ihren eigenen Gesetzen und Normen, mit einem eigenen Verhalten und sogar einer eigenen Sprache hervor. Diese festgelegten Normen werden durch besondere Formen der Kommunikation, des Sprachstils und der Verhaltensregeln unter den Mitgliedern dieser »homosozialen Welt« vermittelt. Gemeinsam repräsentieren diese Konstruktionen einen akademischen »Habitus«, der sich über Jahrhunderte hindurch zwischen geschlechtlich gleichgesinnten Individuen entwickelte. Es handelt sich um einen »Habitus«, der »Männlichkeit als System« repräsentiert.[63] Männliche Standards sind die Norm, während weibliche Qualitäten von vornherein als inferior klassifiziert werden. »Männlichkeit« und »Weiblichkeit« sind dennoch keine biologischen Kategorien. Sie werden vielmehr als symbolische Konstrukte benutzt, um hierarchische Beziehungen zu konstruieren. Frauen werden als die Andere, die Fremde wahrgenommen, als Eindringlinge in eine Welt, die nach Regeln funktioniert, die nur diejenigen kennen, die dazugehören. Die Ungleichheit der Geschlechter ist in dieser »homosozialen Welt« also nicht nur ein isoliertes Phänomen, sondern stellt das zentrale Element des gesamten Systems dar.[64]

Nur wenige Frauen werden in diese »homosoziale Welt« der Universität eingeführt. Es gibt in der Wissenschaft ein breites Spektrum von Frauen und Positionen, die sie einnehmen; die Skala kann von der frauenbewegten, engagierten Wissenschaftlerin bis zur »Alibifrau« reichen.[65] Das kann bedeuten, daß sie eine doppelte Funktion haben: Einerseits können männliche Wissenschaftler legitimerweise behaupten, daß die Universität für Frauen nicht versperrt ist. Andererseits legitimieren sie den Ausschluß feministisch gesinnter Frauen. Männer müssen angesichts dieser Einteilung erst gar nicht in Erscheinung treten, um die Quotierung abzulehnen.

Anstatt die geschlechtsspezifische Diskriminierung als strukturelles Problem der deutschen Wissenschaft zu problematisieren, weisen sie Kritik als individuelles Problem zurück und/oder verbünden sich mit männlichen Kollegen.

Schlußfolgerung

Es ist nicht schwierig, diese Ergebnisse auf das gegenwärtige System der »Abwicklung« zu übertragen und damit das besondere geschlechtsspezifische Ergebnis sowohl des Abwicklungsprozesses als auch den Aufbau eines neuen Systems von Hochschulinstitutionen in Ostdeutschland zu begreifen. Angesichts der wenigen gutbezahlten Stellen,[66] des konservativen Kontextes, in dem die universitäre Umstrukturierung stattfand, der strukturellen geschlechtlichen Segmentation, die in universitären Institutionen beider deutschen Staaten existierte, und schließlich angesichts der »homosozialen« Umwelt einer stark am Status orientierten Profes-

sion muß man nicht auf eine Verschwörungstheorie zurückgreifen, um zu erklären, warum es Wissenschaftlerinnen auf beiden Seiten der »Grenze« bei der Wiederbeschäftigung und/oder Neuanstellung im neuen ostdeutschen Universitätssystem so schlecht ergangen ist. Dieses konservativ geprägte System mit seinen strukturellen Ausgrenzungsmechanismen gegenüber Frauen wird den Rahmen des intellektuellen Terrains deutscher Studenten und Studentinnen weit über das Jahr 2000 hinaus bestimmen. Werden dieselben Kräfte, übermütig geworden durch ihren Erfolg im Osten, dieses Experiment im Westen wiederholen? Es beweist ja doch: »Old men never die!«

Anmerkungen

1 Mit herzlichem Dank an Gerdien Jonker, die diesen Aufsatz für mich übersetzte.
2 Siehe von Beyme, Klaus (1991): The Legitimation of German Unification between National and Democratic Principles. In: *German Politics and Society 22*, Spring 1991, S. 1–17.
3 Offe, Claus (1991): Prosperity, Nation, Republic: Aspects of the Unique German Journey from Socialism to Capitalism. In: *German Politics and Society 22*, Spring 1991, S. 30.
4 Der (zweite) Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, um die deutsche Einheit zu etablieren: »Einigungsvertrag« (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 104, 6. September 1990). Der Vertrag wurde von Innenminister Schäuble und Staatssekretär Krause am 31. 8. 1990 im Kronprinzenpalais in Ostberlin unterzeichnet, vgl. Schäuble, Wolfgang (1991): *Der Vertrag*. Stuttgart.
5 Ob die »Abwicklung« Ähnlichkeiten mit der nationalsozialistischen »Gleichschaltung« aufweist, wie Jan Myrdal annimmt, ist eine interessante Frage, im Rahmen dieses Aufsatzes möchte ich mich jedoch nicht an historische Vergleiche wagen. Vgl. Myrdal, Jan (1991): Diese Säuberung an Universitäten sollten wir diskutieren. In: *Frankfurter Rundschau* vom 15. August 1991, S. 13.
6 Einhorn, Barbara (1991): Where have all the Women Gone? Women and Women's Movement in East Central Europe. In: *Feminist Review*, Special Issue, No. 39, S. 16–36.
7 Vgl. die verschiedenen Aufsätze über Ungarn, Polen, Tschechoslowakei, die Sowjetunion und Ostdeutschland in: *Feminist Review*, Special Issue, No. 39, Winter 1991.
8 Marx Ferree, Myra (1993): The Rise and Fall of Mommy Politics: Feminism and Unification in (East) Germany. In: *Feminist Studies*.
9 Nickel, Hildegard Maria: Geschlechterverhältnisse in der Wende. In: *Reihe: Frauenpolitik 2*. Bonn, S. 5–16.
10 Lemke, Christiane (1989): *Die Ursachen des Umbruchs*. Opladen.
11 Dölling, Irene (1990): Über den Patriarchalismus staatssozialistischer Gesellschaften und die Geschlechterfrage im gesellschaftlichen Umbruch. In: *Modernisierung moderner Gesellschaften*. Frankfurt (1991), S. 407–417.
12 Hildebrandt, Karin (1992): Abwicklung. In: Faber, Christel; Meyer, Traute (Hrsg.): *Unterm neuen Kleid der Freiheit das Korsett der Einheit*. Berlin.
13 Berghahn, Sabine; Fritzsche, Andrea (1991): *Frauenrecht in Ost- und West-Deutschland*. Berlin.
14 Offe, wie Anm. 3.
15 Peter Marcuse schrieb einen ausgezeichneten, informativen und ehrlichen Bericht des gar nicht so ehrlichen Prozesses der Umstrukturierung der früheren ostdeutschen Forschungs- und Hochschulinstitutionen. Vgl. Marcuse, Peter (1991): Abwicklung in East Germany: Renewal, Destalinization or Supression? In: *Working Paper 1*, Columbia University, Institute of East Central Europe. Eine gekürzte Version erschien in: *The Nation*, 30. Dezember 1991, S. 846–848. In diesem Aufsatz werde ich mich nur auf die »Abwicklung« an den Universitäten konzentrieren. Für weitere Informationen über die Umstrukturierung der Forschungsinstitutionen vgl. Marcuse, ebenda.
16 Art. 13 stellt fest: »Veränderung der Institutionen ... Die Institutionen der DDR ... sind den Landesregierungen zu unterstellen ... Die Regierung jedes Landes wird über Veränderung oder Schließung (›Abwicklung‹) entscheiden.« Marcuse, wie Anm. 15, Anhang A, S. 1.

17 Abgesehen von der Auflösung dieser Institute entschloß sich der Berliner Senat am 18. 12. 1990, die Hochschule für Ökonomie zu schließen, die Schwerpunktbereiche Kriminalistik und Wissenschaft-Technik-Organisation sowie auch das Institut für Marxismus/Leninismus abzuschaffen (*Die Tageszeitung* am 19. 12. 1990, S. 21). Das Institut für Marxismus/Leninismus war jedoch, wie Peter Marcuse schon betonte, von der Universität selber aufgelöst worden, bevor die Einigung in Kraft trat. Marcuse, wie Anm. 15, Anhang B, S. 5.

18 Hildebrandt, wie Anm. 12, S. 5.

19 Meyer, Hans-Joachim, Wissenschaftsminister in Sachsen, »A Workshop« (Harvard University), am 13.–15. März 1992.

20 Ich meine nicht, daß die Sozialwissenschaften in der früheren DDR sich selbst hätten überlassen werden sollen. Ich glaube nur, daß die westdeutsche »Kolonisierung« der ostdeutschen Universitäten zu einer vollkommenen Negierung der ostdeutschen Forschung und Lehre führt.

21 Dieter Segert von der Humboldt-Universität behauptet, daß es letztendlich doch eine Politikwissenschaft in der DDR gegeben hat. Klaus von Beyme behauptet das Gegenteil. Vgl. Segert (1991): Die langen Schatten der Vergangenheit. Warum es in der DDR doch eine Politologie gab, und von Beyme (1991): Selbstgleichschaltung. Warum es in der DDR keine Politologie gegeben hat. In: Giesen, Berndt/Leggewie, Claus (Hrsg.): *Experiment Vereinigung*. Berlin.

22 Sie kommen vor allem aus dem Westen.

23 Es ist unklar, ob nun die Landeshochschulstrukturkommissionen (LHSK) das Mandat des Wissenschaftsrates besitzen, um die Pläne für den Staat zu entwerfen, wie Renate Mayntz meint, oder ob die LHSK nur eine beratende Funktion für die Bundesländer besitzt, wie Hans-Joachim Meyer, Wissenschaftsminister in Sachsen, meint. Vgl. »A Workshop« (Harvard University), 13.–15. März 1992. Meyer: »Ich respektiere den Rat, folge dem aber nicht immer.«

24 Die Kommissionen wurden zuerst als interne »Hausputzmaßnahme« in den Instituten eingerichtet, um das vorhandene Personal zu überprüfen und ein Vorgehen für ihre künftige Anstellung zu empfehlen. Vgl. Marcuse, wie Anm. 15, Anhang B, S. 7 Fußnote 32.

25 Entsprechend der Ergänzung des Hochschulgesetzes § 9 hat die Kommission aus drei Professoren aus West und Ost, einem Studenten und einer Person aus dem Mittelbau zu bestehen. Die westlichen Mitglieder werden auf Empfehlung der LHSK durch den Wissenschaftssenator berufen. Die verbleibenden Mitglieder (Ost) werden auf Empfehlung des akademischen Senates und seines Kanzlers berufen. Dennoch erfuhr ich, daß der Wissenschaftssenator in Berlin, Manfred Erhardt (CDU), den Vorsitzenden der Struktur- und Berufungskommission für die Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität, Neidhardt, berief, der dann die Mitglieder der Kommission auswählte. In Sachsen war es andererseits der Minister für Erziehung, Hans-Joachim Meyer, der die Mitglieder der Kommission berief. (Gesetz zur Ergänzung des Berliner Hochschulgesetzes (ErgGBerlHG) vom 18. 7. 1991, in: *Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin*, Jg. 47, Nr. 33, 26. Juli 1991)

26 Das LADG fordert in *§ 15*, daß »Gremien, insbesondere solche, die zu beruflich relevanten Fragen entscheiden und beraten, geschlechtsparitätisch besetzt werden sollen«; in *§ 5*, daß »alle Stellen intern und zusätzlich öffentlich auszuschreiben sind. Sofern sich in einem Bereich, in dem Frauen unterrepräsentiert sind, trotz Ausschreibung in der Tagespresse keine Frau bewirbt, ist die Ausschreibung öffentlich zu wiederholen«; in *§ 6*, daß »in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, alle Bewerberinnen oder mindestens ebenso viele Männer wie Frauen zum Vorstellungsgespräch einzuladen sind, sofern sie die formal notwendige Qualifikation für die Stelle besitzen«; und in *§ 8*, daß »Frauen, die eine zur Ausfüllung der Stelle gleichwertige Qualifikation (Eignung, Befähigung und fachliche Leistung) besitzen wie männliche Bewerber, diesen gegenüber unter Wahrung der Einzelfallgerechtigkeit solange bevorzugt sind, bis der Anzahl der Frauen in der betreffenden Laufbahn oder Berufsfachrichtung der jeweiligen Einrichtung nach § 1 mindestens 50 von 100% beträgt.« (Landesantidiskriminierungsgesetz, in: *Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin*, Jg. 47, Nr. 3, 12. 1. 1991)

27 Eberhard Lämmert auf dem »Workshop« (Harvard University), 13.–15. März 1992, vgl. auch den Artikel von Lämmert in: *Merkur*, Januar 1993, S. 30–45.

28 Vgl. Marcuse, wie Anm. 15.

29 Hildebrandt, Karin (1990): *Wozu Forschungen über Frauen im Hochschulwesen*. Berlin, S. 9.

30 Interview vom 8. 1. 1991 mit Dr. Gisela Petruschka, zentrale Frauenbeauftragte an der Humboldt-

Universität. Ebenso Petruschka: Situation und Perspektiven der Frauen im Umstrukturierungsprozeß an der Humboldt-Universität zu Berlin, *internes Memo* vom 5. 12. 1991.

31 *Frankfurter Rundschau* vom 13. 12. 1991, S. 35.

32 Interview mit Dr. Gisela Petruschka vom 29. 6. 1992.

33 Hildebrandt, wie Anm. 31, S. 9.

34 Informationen aus einem Manuskript von Dr. Gisela Petruschka vom 5. 12. 1991.

35 1989 waren 80,2% der Kinder unter 3 Jahren in einer Kinderkrippe, 95,1% zwischen 3 und 6 waren in einem Kindergarten und 81,2% der Schulkinder waren nachmittags im Schulhort, vgl. Nickel, Hildegard Maria (1991): Sozialisation im Widerstand? In: *Zeitschrift für Pädagogik*, Jg. 37, Heft 4, S. 603.

36 Hildebrandt, wie Anm. 12, S. 35.

37 Marx Ferree, wie Anm. 8.

38 Hildebrandt, Karin: *Weshalb Quotierung. S. 6.*

39 Hildebrandt, Karin/Stein, Ruth Heidi: *Realisierte Gleichberechtigung und Nun*, Ms. o. D.

40 Hildebrandt/Stein Ms. o. D.; vgl. auch Interview mit Dr. Petruschka vom 8. 1. 1992.

41 Hildebrandt, wie Anm. 31, S. 11.

42 Tatsächlich betrug der Prozentsatz von Frauen, die sich 1987 in Westdeutschland habilitieren, 9% und in Ostdeutschland 15%. In den Zahlen für den Osten gibt es einige Schwankungen. Ulla Bock gibt 13% an. An der Freien Universität ist die Zahl der Frauen, die sich habilitierten, etwas höher (10,8%) als im Bundesdurchschnitt. Vgl. Bock, Ulla (1991): Freie Universität – Eine Frauenuniversität? In: *10 Jahre später...* (Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung an der Freien Universität Berlin 1981–1991). Berlin, S. 105 und 137.
Zudem hat Hildebrandt hervorgehoben, daß ein höherer Prozentsatz von Frauen als von Männern seit 1975 in Ostdeutschland ihre B-Promotion abgeschlossen hat. Ausgehend von 1975 = 100 zeigt sie, daß Frauen ihren Anteil in den 80er Jahren auf 767 erhöht haben, während Männer nur 258 erreichten; Hildebrandt, Karin (1989): *Wissenschaftlerinnen im Hochschulwesen der DDR – Ergebnisse einer Befragung.* (Zentralinstitut für Hochschulbildung) Berlin, S. 10.

43 Prof. Dr. Friedhelm Neidhardt, Vorsitzender der Struktur- und Berufungskommission der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, gab als die wichtigste Erklärung für die geringe Berufungsrate von Frauen auf der C-4-Ebene den Häufungseffekt von Frauen in bestimmten Feldern und ihre tatsächliche Abwesenheit in anderen an. Interview vom 20. 1. 1991.

44 Internationale Politik, ein traditionell männliches Feld, hatte die zweitgrößte Anzahl von Berufungen in der Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin.

45 Interview vom 10. 1. 1991 mit Dr. Theresa Wobbe, Soziologin, Freie Universität Berlin; ebenso Interview vom 8. 1. 1991 mit Sabine Lang, Pressesprecherin von Christine Bergmann, Bürgermeisterin von Berlin und Senatorin für Arbeit und Frauen.

46 Tatsächlich gingen für die Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin insgesamt 397 Bewerbungen ein, von denen 45 (11,3%) von Frauen waren; vgl. die Zahlen bei Neidhardt, Anlage B, 15. 7. 1991. In den Geschichtswissenschaften waren von den insgesamt 386 Bewerbungen 34 (8,8%) von Frauen; in der Pädagogik kamen von den insgesamt 372 Bewerbungen 60 (16%) von Frauen; in den Rechtswissenschaften betrug bei insgesamt 200 Bewerbungen der Anteil von Frauen 17 (8,5%). *Frankfurter Rundschau* vom 13. 12. 1991, 35.

47 Gläßner, Gert-Joachim (1991). *Der schwierige Weg zur Demokratie.* Opladen, S. 126–135.

48 Offe, wie Anm. 3, S. 30–32.

49 Ostner, Ilona (1991): Independence and Dependency-Options and Constraints for Women over the Life Course. Vortrag, IPSA, Buenos Aires 21.–25. 7. 1991, S. 7.

50 Esping-Anderson, Gosta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism.* Princeton.

51 Ostner, wie Anm. 51, S. 9.

52 Diese Forderungen und Positionen trafen viele Frauen wie ein Schock, nachdem man ihnen 40 Jahre lang etwas über die Vorzüge der Vereinbarung von Familie und Beruf erzählt hatte. Karin Hildebrandt zitiert die häufigsten Aussagen: »Frauen sollten Männern nicht die Arbeit wegnehmen. Sie haben schließlich die Möglichkeit, für die Kinder zu sorgen«, oder »Frauen sollten von der Möglichkeit Gebrauch machen, um Männern/Familienmännern Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu geben«, oder »Frauen wurden zu DDR-Zeiten zur Arbeit ›gezwungen‹. Nun haben sie die Möglichkeit, Hausfrau zu sein«. Vgl. Hildebrandt, wie Anm. 12, S. 40.

53 Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich nie darum bemüht, ein ähnliches Programm zu institutionalisieren. Information von Michael Grewen, Vorsitzender der Kommission zur Evaluierung der Sozialwissenschaften Leipzig, 15. 3. 1992.

54 Offe, wie Anm. 3, S. 30.

55 Die ungünstige Karrierestruktur wird sichtbar, wenn man das Verhältnis zwischen Studentinnen, Mittelbau und Professoren vergleicht. 1989 lag der prozentuale Anteil der Studentinnen der ehemaligen DDR bei 51,2%, dieser Anteil fiel beim Mittelbau auf 35,2% und sank schließlich bei den Professoren auf 4,9%. Im Westen betragen die Zahlen 38%, 20,2% und 2,6% (C-4); vgl. Hildebrandt, wie Anm. 31, S. 9. Kriszio, Marianne (1991): *Frauenforschung, Frauenstudium, Frauenförderung, Frauenbeauftragte – Störung des Betriebsfriedens oder notwendige Korrektur eines strukturellen Defizits*, Ms. September 1991, S. 2–3. An der Freien Universität ist das Verhältnis etwas günstiger, vgl. *10 Jahre später* ..., wie Anm. 44, S. 136, 138.

56 Holzmann, Ute (1991): Frauen vor der Tür. In: *TIP*, Nr. 21, S. 68.

57 Nach einer schriftlichen Auskunft der Senatsverwaltung Berlin vom Oktober 1991 sind 30 Struktur- und Berufungskommissionen an Universitäten und Hochschulen in Ostdeutschland noch nicht besetzt worden. In ihren Empfehlungen aber gibt die Landeshochschulstrukturkommission 75 männliche und zwei weibliche Professoren aus Westdeutschland an.

58 Brief an Prof. Dr. Neidhardt vom 18. 6. 1991, in dem nach dem Anhörungsverfahren der acht Kandidaten für Positionen in den Sozialwissenschaften gefragt wird; unterzeichnet von Prof. Dr. Renate Rott und Dr. Theresa Wobbe sowie von 21 Mitunterzeichnerinnen.

59 Im Senat entstand ein Konflikt darüber, ob das LADG, das unter der vorherigen Koalition erlassen worden war, auf die Berufungsverfahren an der Humboldt-Universität anzuwenden sei.

60 Landesantidiskriminierungsgesetz, wie Anm. 28. Anne Klein, Rechtsanwältin und ehemalige Senatorin für Frauen in Berlin, wies in einem Interview darauf hin, daß in den Frauenförderrichtlinien für die Hochschulen im Herbst 1990 der Wortlaut in § 8, wonach Frauen der Vorzug zu geben ist, in die Formulierung verändert wurde, »Frauen sollte der Vorzug gegeben werden«. Interview in *Die Tageszeitung* vom 26. 7. 1991: »Ich würde mich freuen, wenn eine mal klagte.«

61 Siehe die Untersuchung von Hans Anger, der deutlich die tiefsitzenden antifeministischen Haltungen der Universitätsprofessoren beschreibt, die von den Nationalsozialisten übernommen wurden und nach dem Zweiten Weltkrieg noch immer sichtbar waren. In einer Umfrage stellte Anger fest, daß 54% der Professoren auf fehlende intellektuelle Fähigkeiten von Frauen hinwiesen, 37% meinten, daß eine Universitätskarriere den »natürlichen« Fähigkeiten von Frauen widerspreche, und 16% verwiesen auf das Fehlen von Robustheit und Körperkraft als Kriterien, um die niedrige Prozentzahl von Frauen an den Universitäten zu erklären. Anger, Hans (1960): *Probleme der deutschen Universität*. Tübingen, S. 477.

62 Das Konzept »Homosoziale Welt« wurde zuerst von Jean Lipman-Blumen eingeführt: Toward a Homosocial Theory of Sex Roles. An Explanation of the Sexsegregation of Social Institutions, in: *Signs*, No. 3, 1976, S. 15–32. Billotet-Hofmann, Claudia et. al. (1982): Arbeitsplatz Hochschule: Frauen in Forschung und Lehre. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenschrift »Das Parlament«, Nr. 6, S. 3–12, und Schultz, Dagmar (1990): *Das Geschlecht läuft immer mit* ..., Pfaffenweiler, gebrauchten im Anschluß an Lipman-Blumen das Konzept »homosoziale Welt«, um eine Prestigestruktur zu beschreiben (auch Chodorow 1974), die männlichen Werten einen höheren Status zuschreibt als weiblichen. Diese hierarchische Bewertung funktioniert wie eine legitimierende Ideologie, um alles zu entwerten, was mit dem Weiblichen assoziiert wird.

63 Kreisky, Eva (1991): *Der Staat als Männerbund?* Vortrag Hannover, Tagung der deutschen Politikwissenschaft, 7. 11. 1991.

64 Schultz, wie Anm. 64, S. 4.

65 Schultz, ebd.

66 Trotz der Veränderung zur »Massenuniversität« hat die Anzahl von Professoren im Westen kaum zugenommen. Während die Zahl der Studierenden von 817.782 im Jahre 1975 auf 1,6 Mio. in 1991 gestiegen ist, blieb die Zahl der Professoren praktisch auf dem Niveau von 1975 stehen, nämlich 62.037 1975 gegenüber 64.531 1991, in: *Die Zeit* vom 24. 1. 1992, S. 7.